



**Klaus Hofbauer**  
MdB von 1998 - 2009  
Stadtrat

Altenstadt 20c  
93413 Cham

Tel. 0 99 71/ 80 11 20  
Fax 0 99 71/ 80 11 21  
hofbauer.klaus@t-online.de

17.04.2017

## **PRESSEERKLÄRUNG DES CSU-AKU BEZIRK OBERPFALZ**

Die „Europaregion Donau-Moldau“ muss inhaltlich weiter entwickelt werden. Sie braucht eigene Kompetenzen und auf Dauer eine ausreichende finanzielle Grundlage. Dies fordert der CSU-Arbeitskreis „Umweltsicherung und Landesentwicklung“ im Bezirksverband Oberpfalz unter der Leitung des AKU-Bezirksvorsitzenden Klaus Hofbauer, Cham.

Mit der Öffnung der Grenze Anfang der 90er Jahre haben Ostbayern und Westböhmen eine gute Entwicklung genommen. In vielen Bereichen hat man sich als starke gemeinsame europäische Region entwickelt. Natürlich gab es auch Befürchtungen und so manche Probleme waren zu bewältigen. Unter'm Strich kann man feststellen, dass die gemeinsame Region wirtschaftlich, kulturell und menschlich gestärkt wurde. Dies kam aber nicht von alleine. Die Wirtschaft, viele kulturelle Einrichtungen und vor allem die Menschen selbst (Vereine) haben wichtige Beiträge geleistet.

Der CSU-AKU Bezirk Oberpfalz hat vor kurzem mit dem Chamer Landrat und Bezirkstagspräsidenten, Franz Löffler, in Neubäu eine Diskussion über die Entwicklung der letzten 25 Jahre geführt. Heute stellt man fest, dass der Austausch von Arbeitskräften zur Normalität geworden ist. Viele Kontakte sind durch die Menschen entstanden, wobei man die Sprachbarriere nach wie vor nicht übersehen darf.

Der CSU-AKU schlägt vor, dass es nunmehr an der Zeit ist, dieser Europaregion eine eigene Rechtspersönlichkeit in Form einer EVTZ (Europäischer Verbund für territoriale Zusammenarbeit) zu geben. Dies soll auf der Grundlage der Verordnung 1082 vom 05.07.2006 des Europäischen Parlaments geschehen. Vorbildfunktion könnte die Europaregion Tirol, Südtirol und Trentino sein.

Eine solche Region muss mit eigenen Kompetenzen ausgestattet werden und eine auf Dauer ausgerichtete finanzielle Grundlage erhalten. Damit könnte erreicht werden, dass die Fördermittel flexibler eingesetzt werden und die Region selbst als Antragsteller für europäische Mittel auftreten kann. Eine Folge wäre natürlich, dass Bund und Land gewisse Kompetenzen abgeben. Dies hätte auch die Konsequenz, dass eine Neuverteilung der Aufgaben innerhalb Bayerns erforderlich ist. Einen solchen Prozess müsste man auch mit dem Abbau von Bürokratie verbinden. Der Vorteil besteht darin, dass die grenzüberschreitende Zusammenarbeit gestärkt und ein wesentlicher Grundsatz der CSU, die Stärkung der europäischen Regionen, umgesetzt wird. Europäische Aufgaben würden an die Basis verlagert. Europa würde bürgernäher werden. Mit dieser neuen Struktur besteht die Chance, dass sich die Europaregion zu gleichwertigen Partnern der Metropolregionen entwickeln kann.